



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 26. Oktober 2017
(OR. en)

13171/17
ADD 1

PV/CONS 53
JAI 899
COMIX 681

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3564.** Tagung des Rates der Europäischen Union
(Justiz und Inneres)
vom 12. und 13. Oktober 2017 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

B-PUNKTE (12783/17 OJ CONS 50 JAI 866 COMIX 660)

JUSTIZ

2. Europäische Staatsanwaltschaft: Verordnung des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft 3
3. Sicherstellung und Einziehung: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen [erste Lesung]..... 3
4. ECRIS FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines zentralisierten Systems für die Ermittlung der Mitgliedstaaten, in denen Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (TCN) vorliegen, sowie zur Ergänzung und Unterstützung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (ECRIS-TCN) [erste Lesung] 4
5. Sonstiges..... 4

INNERES

14. Schengen..... 5
 - b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 hinsichtlich der Vorschriften für die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen [erste Lesung]
15. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung..... 5
 - a) Dublin
 - b) Aufnahmebedingungen
 - c) Anerkennung
 - d) Verfahren
 - e) Eurodac
 - f) EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen)
 - g) Neuansiedlungsrahmen
16. Sonstiges..... 6

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

JUSTIZ

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

2. Europäische Staatsanwaltschaft: Verordnung des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

= Annahme

12791/17 EPPO 38 EUROJUST 149 CATS 100 FIN 591 COPEN 290 GAF 41

CSC 218

+ COR 1

9941/17 EPPO 21 EUROJUST 86 CATS 62 FIN 349 COPEN 189 GAF 25

CSC 120

+ COR 1 (bg)

+ COR 2 (fr)

+ COR 3

+ COR 4

+ REV 1 (cs, de, nl, sl)

Der Rat nahm die Verordnung zur Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (Dok. 9941/17 + REV 1 + COR 1 + COR 2 + COR 3 + COR 4), an der sich 20 Mitgliedstaaten beteiligen werden, an. Die Kommission erläuterte das weitere Vorgehen zur Schaffung und Konsolidierung der Staatsanwaltschaft, damit diese bis Ende 2020 ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Mehrere Delegationen begrüßten die Gelegenheit für eine Aussprache über eine etwaige Ausdehnung der Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft mit Zeithorizont 2025, zu der die Kommission im Herbst 2018 eine Mitteilung vorlegen wird.

3. Sicherstellung und Einziehung: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen [erste Lesung]

= Orientierungsaussprache

12685/17 JAI 849 COPEN 286 DROIPEN 123 IA 147 CODEC 1480

Der Rat äußerte breite Unterstützung für die Aufnahme von Regelungen für die "präventive Einziehung" – wie sie in einigen Mitgliedstaaten, so auch Italien, bestehen – in den Geltungsbereich des Verordnungsentwurfs, sofern die Einziehungsentscheidung in einem eindeutigen Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten steht und angemessene Verfahrensgarantien gelten. Die Gruppe wurde ersucht, den Text entsprechend anzupassen.

4. ECRIS FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines zentralisierten Systems für die Ermittlung der Mitgliedstaaten, in denen Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (TCN) vorliegen, sowie zur Ergänzung und Unterstützung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (ECRIS-TCN) [erste Lesung]

= Orientierungsaussprache

12596/17 COPEN 284 EJUSTICE 109 JURINFO 49 DAPIX 306 CODEC 1464
+ COR 1

Der Rat erörterte zwei Fragen: die Aufnahme von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit und Fingerabdrücke. Was den ersten Punkt anbelangt, so stimmte die Mehrheit der Mitgliedstaaten zu, dass das zentrale ECRIS-TCN Informationen über alle straffälligen Drittstaatsangehörigen enthalten sollte, auch jene, die darüber hinaus eine oder mehrere Staatsangehörigkeiten von EU-Mitgliedstaaten besitzen. Hinsichtlich der Frage, ob auch Personen mit nur zwei oder mehr EU-Staatsangehörigkeiten erfasst werden sollten, gingen die Meinungen allerdings auseinander. Was den Punkt Fingerabdrücke betrifft, so waren sich die Minister weitgehend darin einig, dass die Fingerabdrücke von Personen, die wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, in dem Zentralsystem erfasst werden sollten. Es gab jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ausschließlich vorsätzlich begangene Straftaten einbezogen werden sollten. Hinsichtlich der Einbeziehung von zur Bewährung ausgesetzten Strafen gingen die Meinungen ebenfalls auseinander. Die Gruppe wurde ersucht, diese Punkte erneut zu erörtern.

5. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Vorsitz informierte die Delegationen über den Sachstand bei den verschiedenen laufenden Gesetzgebungsdossiers.

INNERES

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

14. Schengen

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 hinsichtlich der Vorschriften für die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen [erste Lesung]**

= Orientierungsaussprache

12723/17 FRONT 413 CODEC 1485 COMIX 656

Der Rat bestätigte das Ergebnis der Beratungen im Gemischten Ausschuss auf Ministerebene (13261/17) und wies die Vorbereitungsgruppen des Rates an, den Vorschlag weiter zu prüfen.

15. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung

- a) **Dublin: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) [erste Lesung]**
- b) **Aufnahmebedingungen: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung) [erste Lesung]**
- c) **Anerkennung: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen [erste Lesung]**
- d) **Verfahren: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU [erste Lesung]**
- e) **Eurodac: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der [Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist], für die Identifizierung eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen und zu Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und von Europol um Abgleich mit Eurodac-Daten zu Strafverfolgungszwecken (Neufassung) [erste Lesung]**

- f) **EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 [erste Lesung]**
- g) **Neuansiedlungsrahmen: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates [erste Lesung]**
- = Sachstandsbericht
12802/17 ASILE 64 ASIM 110 CSC 219 EURODAC 30 ENFOPOL 441
RELEX 816 CODEC 1501

Der Rat nahm auf Grundlage des oben genannten Sachstandsberichts des Vorsitzes Kenntnis vom Stand der Beratungen über die sieben Gesetzgebungsvorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

16. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Die Minister nahmen Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes bezüglich des Sachstands bei verschiedenen Gesetzgebungsdossiers.
